



Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft im Landesverband DIE LINKE von Sachsen-Anhalt unterstützt den Aktionstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 24. Februar 2011 unter dem Motto:

## **Arbeit – sicher und fair!**

Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise schafft kaum sichere Arbeitsplätze – Leiharbeit, befristete Beschäftigung und unsichere Arbeit nehmen zu. Die Arbeitgeber missbrauchen die Leiharbeit. Lohndumping ist die Folge.

In Sachsen-Anhalt haben wir die höchste Arbeitsproduktivität unter den neuen Bundesländern, aber zugleich die niedrigsten Löhne. Die jetzige Landesregierung und die sie stützenden Parteien CDU und SPD sahen bis vor wenigen Wochen keinen Anlass, das zu ändern. Im Gegenteil, wohlfeilen Worten folgten keine Taten.

Das bedeutet, die Beschäftigten erhalten nicht, was sie eigentlich erarbeiten. Sachsen-Anhalt ist als Niedriglohnland Nummer 1 bekannt, ebenso mit der Zahl der Leiharbeiter, der prekären Beschäftigten und die „Aufstocker“, die trotz Arbeit ALG II brauchen.

Wir sagen: Auf diesen Spitzenplatz können wir verzichten. Sachsen-Anhalt soll kein Billiglohnland mehr sein. Eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne sind Voraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden.

Befristete Beschäftigung wächst in einem unerträglichen Maße an. Fast 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten bei uns inzwischen nur noch befristet. Jede dritte Neueinstellung im Dezember 2010 erfolgt mit einem Leiharbeitsvertrag. Vor allem junge Menschen bezahlen hierfür den Preis – sie finden nach der Ausbildung oder nach dem Studium nur unsichere Arbeit. Und viele – vor allem Frauen – werden in schlecht bezahlte und befristete Arbeit oder unfreiwillige Teilzeit gedrängt.

Scheinselbstständigkeit durch Werkverträge und Dienstleistungen werden verstärkt genutzt, um neue Formen unsicherer Beschäftigung zu schaffen.

## **Wir wollen für alle Menschen „Gute Arbeit – sicher und fair!“**

**Leiharbeit ist längst keine Ausnahme mehr, die nur zum Auffangen von Auftragsspitzen eingesetzt wird. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Ohne Eingreifen des Gesetzgebers wird Leiharbeit ab dem 1. Mai 2011 noch stärker zu Lohndumping missbraucht, denn sie ist dann ohne Einschränkung grenzüberschreitend möglich.**

**Leiharbeit ist für immer mehr Menschen tagtägliche Arbeitsrealität. Sie verdrängt reguläre und abgesicherte Beschäftigung. Inzwischen werden Leiharbeiter auch als Streikbrecher eingesetzt!**

**Für diesen Missbrauch der Leiharbeit durch die Arbeitgeber zahlen die Leiharbeiternehmerinnen und Leiharbeiter den Preis: Sie leben in ständiger Unsicherheit, weil „hire and fire“ gang und gäbe ist. Und für diese Unsicherheit und ständige Flexibilität verdienen sie in der Regel 30 Prozent weniger als fest angestellte Kolleginnen und Kollegen, die die gleiche Arbeit machen.**

**Deshalb fordern wir:**

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag der Beschäftigung**
- **Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro**
- **Die Vergabe öffentlicher Aufträge nur bei Einhaltung von Tariftreue und mindestens 8,50 € Bruttostundenlohn**
- **Verhinderung von Lohndumping bei grenzüberschreitende Leiharbeit**
- **Ein Verbot zum Einsatz von Leiharbeitnehmern in Betrieben, die bestreikt werden**
- **Kein Dauereinsatz von Leiharbeitnehmern in Betrieben und Verwaltungen**
- **Mehr Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit**
- **Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen**
- **Wirksame Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit**

**Gegen Lohndumping – für sichere und faire Arbeit.**

**Der Gesetzgeber im Bund und in Sachsen-Anhalt muss endlich handeln!**